

Der Untergang der Weimarer Republik

**Serie C:
Streifzüge
durch die neuere
Geschichte**

11



MARXISTISCHE LEHRBRIEFE

Inhalt

Der Untergang der Weimarer Republik

	Seite
Deutschland 1929 – 1933	1
Der Plan der Konzernherren und Generale	1
Wirtschaft und Politik	2
Die Wirtschaftskrise	3
Notstandspolitik und faschistische Gefahr	4
Was wollten die Nazis?	6
Verhängnisvolle Entscheidungen	7
Programm für Demokratie und Frieden	9
Proletarische Einheitsfront – Gebot der Stunde	10
Die parlamentarische Demokratie in ihren letzten Zügen	11
Antifaschistische Aktion – der einzige Ausweg	14
Hitler wird vom reaktionären Großkapital an die Macht geschoben	15
Anmerkungen	17

Preis DM 1.--

Verleger: Verlag Marxistische Blätter GmbH., Frankfurt/M., verantwortlich für den Inhalt: Marianne Roth, Herausgeber-Kreis: Albert Berg, Willi Gerns, Fritz Krause, Herbert Lederer, Karl Otto, Max Schäfer, Robert Steigerwald, Karl Stiffel. Redaktion: Max Schäfer, Fritz Krause.

Anschrift: Redaktion, Verlag, Vertrieb, Anzeigen: Marxistische Blätter, 6 Frankfurt am Main 1, Meisengasse 11/II, Telefon: (0611) 28 04 12

Druck: HOSCH GmbH., Frankfurt a. M., Heddernheimer Landstr. 78a

Der Untergang einer Republik

Deutschland 1929 – 1933

Deutschland erlebte in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre unseres Jahrhunderts so etwas wie ein Wirtschaftswunder. 1928, nach schweren Kriegsschäden, Nachkriegskrise und Inflation, war der Vorkriegsstand der Industrieproduktion erreicht und überschritten, verfügte das Land über eine weitgehend erneuerte, stark modernisierte Industrie. Es nahm nach den USA den zweiten Platz unter den großen Industrieländern der Welt ein und erzeugte den achten Teil der Weltproduktion. Die Leistungen der deutschen Arbeiter, Ingenieure und Wissenschaftler erwarben ihrem Lande wieder Ansehen in der Welt.

Es entwickelte sich auf dem Boden des wirtschaftlichen Aufschwungs zugleich ein reges kulturelles Leben. Humanistische Dichter und Musiker, fortschrittliche bildende Künstler, Architekten und Theaterschaffende vollbrachten international anerkannte Leistungen. Film, Operette und Revue erlebten eine blühende Periode. Diese Jahre blieben als die „goldenen zwanziger Jahre“ in der Erinnerung der Menschen.

Golden war diese Zeit freilich nicht für die arbeitenden Menschen. Das Heer von Arbeitslosen fristete nach wie vor ein elendes Dasein. Die Arbeitshetze in den Betrieben nahm rapide zu. Die Löhne blieben beträchtlich hinter denen der Arbeiter vergleichbarer Länder zurück. Dennoch lebten die Menschen besser als zuvor. Die Arbeiterschaft hatte sich Schritt für Schritt einen höheren Lebensstandard erkämpft. Sie schraubte in zahlreichen Streikämpfen die Löhne ungefähr auf den Vorkriegsstand (gemessen an der Kaufkraft).

Der Plan der Konzernherren und Generale

Der wirtschaftliche Aufschwung und die spürbar bessere Lebenslage des Volkes änderten jedoch nichts an den Machtverhältnissen in Deutschland. Nach wie vor hielt eine Gruppe Großindustrieller und Bankiers die Schaltebel des Wirtschaftslebens in der Hand. Nach wie vor beherrschten große Banken und Industriekonzerne, wie die Deutsche Bank, die Dresdner Bank, die Commerzbank, die Vereinigten Stahlwerke, die IG Farben, AEG, Siemens und andere Riesenunternehmen die Produktion und den Markt. Nach wie vor steuerten die Mächtigen dieser hochmonopolisierten kapitalistischen Wirtschaft über Presse und Filmgesellschaften die öffentliche Meinung, dirigierten sie über Unternehmerverbände, Parteienfinanzierung, durch die Vereinigung von Direktorenposten und Ministersessel die Regierung und die Politik.

Zehn Jahre nach der Geburt des bürgerlich-parlamentarischen Staates, der Weimarer Republik, stürzten die Herren der deutschen Wirtschaft, im Bunde mit der Generalität, die Weimarer Demokratie in eine politische Krise. Bereits im Mai 1929 verschworen sich einige Schwerindustrielle gegen die

Republik. Die parlamentarische Demokratie war ihnen ein Dorn im Auge. Die führenden Männer der Industrie verlangten damals in einer **Denkschrift**: niedrige Steuern für die Kapitalisten, hohe Steuern für die Verbraucher, eine staatlich gelenkte Lohnpolitik zu ihren Gunsten, hohe Schutz-zölle und Preisstützen für ihre Waren, Herabsetzung der Arbeitslosenunterstützung, Abbau sozialer Leistungen, dafür aber Zuschüsse aus dem Staats-säckel an die großen Unternehmen.

Nur wenige Tage nach dem Erscheinen dieses Dokuments forderten ein-flußreiche Industriekapitäne auf einer außerordentlichen Mitgliederver-sammlung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie unumwunden eine Regierung, die, wie es wörtlich im Protokoll zu lesen ist, „durchzugreifen ernsthaft gewillt ist“.¹⁾ Der Ruf nach Ermächtigungsgesetzen, Notverord-nungen und Ausnahmezustand wurde immer lauter. Das Großkapital blies zum Angriff gegen die demokratischen Rechte des Volkes – das Streik-recht, das Recht der Gewerkschaften, als Tarifpartner aufzutreten, das Recht der Werktätigen, sich politisch zu organisieren, die Pressefreiheit usw. Das parlamentarisch-demokratische System der Weimarer Republik bildete für sie immer mehr ein Hindernis auf dem Wege zur uneinge-schränkten Macht im Staat.

Wirtschaft und Politik

Der Vorstoß der Mächtigen aus der Wirtschaft gegen die sozialpolitischen Errungenschaften der Arbeiterschaft, gegen demokratische Volksrechte, ja gegen das ganze System der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie war raffiniert verknüpft mit anderen politischen Schritten. In einer Reihe bürgerlicher Parteien kamen zusehends rechtsstehende Leute an die Spitze. „Die bürgerlichen ‚staatstragenden‘ Parteien der zwanziger Jahre“, so beur-teilt Sebastian **Haffner** aus heutiger Sicht die Tätigkeit des Großbürger-tums, „– die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei, große Teile des Zentrums – strebten ständig danach, aus dem ‚schwachen‘ demokratischen wieder einen ‚starken‘ autoritären Staat zu machen.“²⁾

Die noch kleine faschistische NSDAP (Nationalsozialistische Deutsche Ar-beiterpartei), materiell gefördert durch reichlich fließende Spenden des Großkapitals, rückte stärker ins Rampenlicht. Die gesamte rechtsorientier-te Presse, vor allen der einflußreiche Pressekonzern des früheren Krupp-Direktors und Führers der Deutschnationalen, **Hugenberg**, griff **Hitler** un-ter die Arme. Zum anderen intrigierte der Reichsbankpräsident **Schacht** gegen die Regierung und erzwang die Ablösung des sozialdemokratischen Finanzministers **Hilferding** durch einen Vertrauensmann der IG Farben namens **Moldenhauer**. Nunmehr griff auch die Reichswehrführung aktiv ins politische Geschehen ein.

Bisher hatte sie sich mehr oder weniger aus dem unmittelbaren politischen Streit herausgehalten, nach außen hin eine neutrale Position bezogen, ihre Absichten in Dunkel gehüllt. Schlagartig wechselte die Szenerie. Die Gene-ralität trat jetzt offen hervor. „Seit ich Reichswehrminister bin“, so erläu-

terte zum Beispiel General **Groener** untergebenen Offizieren seine Absich-ten, „ist mein ganzes Sinnen nur auf ein Ziel gerichtet: Die Befreiung unseres Landes.“³⁾ Es komme darauf an, betonte er, die „Wehrmacht für diese kommende Zeit als das scharfe Instrument modernster Kriegsführung zu entwickeln.“⁴⁾

Der Ruf nach der Regierung der „starken Hand“ erscholl immer lauter. Der Drang nach Vorherrschaft in Europa und der Welt, der für das deutsche Großkapital unter Kaiser Wilhelm schon im ersten Weltkrieg cha-rakteristisch gewesen war, regte sich wieder kräftig. Die Möglichkeit, ihr altes Ziel trotz der Niederlage dennoch zu erreichen, sahen die Mächtigen in Deutschland infolge ihrer nachhaltig gewachsenen wirtschaftlichen Macht, und auch ihres politischen Gewichts, wieder nahe.

Tatsächlich handelte das deutsche Großkapital immer mehr nach dem Aus-spruch und Leitgedanken des einflußreichen Generals **Groener**, der frei-mütig erklärte: „Wenn man um die Weltherrschaft kämpfen will, muß man das von langer Hand her vorausschauend, mit rücksichtsloser Konsequenz vorbereiten . . . Dazu gehört aber, daß der Grund und Boden, auf dem man steht, im Innern wie nach außen, fest und unerschütterlich bleibt.“⁵⁾ Die politischen Führer des Großkapitals wollten diesen „festen und unerschüt-terlichen Boden“ durch die Liquidierung der Weimarer Republik und den Übergang zu einer mehr oder weniger offenen faschistischen Diktatur schaffen. Hinter allen Ereignissen jener Zeit stand der Drang des deutschen Großkapitals nach mehr Macht und Einfluß in Europa und in der Welt.

Die Wirtschaftskrise

Zu dieser Zeit, da führende Männer aus der Industrie und den Banken eine politische Krise anzettelten, klang die wirtschaftliche Konjunktur gerade ab. Ende 1929 brach, signalisiert durch einen katastrophalen Sturz der Aktienkurse an der New Yorker Börse am 29. Oktober 1929, dem „schwarzen Freitag“, überraschend und mit furchtbarer Wucht eine Welt-wirtschaftskrise aus, die das gesamte kapitalistische System schwer erschüt-terte.

Diese Krise griff auf alle Bereiche der deutschen Wirtschaft über. Sie war mit einem rücksichtslosen Angriff der Großkapitalisten auf die soziale Lage der Arbeiterschaft verbunden und stieß viele Menschen in Not und Elend. Die amtliche Statistik zeigte schon 1930 durchschnittlich drei Millionen Arbeitslose an. Die Erwerbslosenquote stieg im Frühjahr 1932 dann steil in die Höhe. Damals gab es über sechs Millionen Arbeitslose. Nur ein Teil aller Erwerbslosen erhielt Arbeitslosenunterstützung. Viele Erwerbslose gehör-ten zu den Wohlfahrtsempfängern der Gemeinden oder waren auf private Mildtätigkeit angewiesen. Jene Arbeiter, die ihren Arbeitsplatz behielten – 1932 waren es wenig mehr als die Hälfte – mußten zum Teil ohne Lohn-ausgleich verkürzt arbeiten. Dabei wurde in den Betrieben die Arbeitshetze verschärft. Die Arbeitsproduktivität stieg in den Krisenjahren um 8 Pro-zent. Die Löhne dagegen sanken. Am Ende der Krise lagen sie meist nicht höher als zu Beginn der Krise die Sätze der Arbeitslosenunterstützung.

Nicht wenigen Bauern, Angestellten, Beamten und Angehörigen akademischer Berufe, Handwerkern und Gewerbetreibenden ging es ähnlich wie den Arbeitern. Gehälter und Pensionen wurden gekürzt. Freischaffende verloren Klienten und Honorare. Absolventen höherer Lehranstalten fanden die Pforten zum Beruf verschlossen. Die Spanne zwischen den Industrie- und Agrarpreisen nahm zu und ruinierte viele Bauern. Zehntausende Bauernhöfe kamen unter den Hammer der Zwangsversteigerungen. Der Kaufkraftschwund verringerte den Umsatz kleiner Geschäftsleute.

Naturgemäß blieb die Wirtschaftskrise auch nicht ohne tiefgreifende Auswirkungen auf die kapitalistischen Unternehmer. Der Rückgang der Industrieproduktion (von 1929 bis 1932 um 40 Prozent) entwickelte den Konkurrenzkampf für nicht wenige Unternehmen zu einem Kampf um die nackte Existenz. Viele Betriebe machten bankrott. Auch eine Anzahl großer Gesellschaften wurde zahlungsunfähig.

Im Sommer 1931 geriet das Deutsche Reich an den Rand einer Finanzkatastrophe. Nur durch die Einstellung der Zahlung internationaler Schulden für ein Jahr konnte der Staatsbankrott verhindert werden. Eine der größten deutschen Banken, die Darmstädter und Nationalbank, stand vor dem Ruin. Da griff der Staat ein. Die Regierung gewährte den Banken und großen Unternehmen Hilfe, teils durch Zahlung umfangreicher Subventionen, teils übernahm das Reich Aktien bankrotter Gesellschaften. Nicht selten war dies nur eine Tarnung für Millionenschenkungen, wie zum Beispiel im Frühjahr 1932 beim Kauf von Aktien der Gelsenkirchener Bergwerks-AG, für die die Regierung dem Großindustriellen Flick das Mehrfache des Kurswertes zahlte.

Kräftige Hilfe erhielten die Konzerne durch den Staat vor allem über die von ihm verordnete Senkung der Löhne. Die Regierung wurde in dieser Zeit immer mehr zum „Lohnbüro“ der großen Unternehmen. Das lag in der Absicht der Industrie.

Das deutsche Großkapital nutzte die Wirtschaftskrise als „reinigendes Gewitter“ aus. Schon vor dem vollen Ausbruch der Krise hatte Hugenberg, der König der Rechtspresse, die Parole in Umlauf gesetzt, man müsse „a la baisse spekulieren“, also einen wirtschaftlichen Rückgang einkalkulieren, diese Entwicklung aber nutzen zum rigorosen Abbau der Löhne, der Sozialausgaben und auch der Reparationszahlungen. „Wenn bei uns so viel Arbeitskraft unverkäuflich ist“, schrieb das tonangebende Unternehmerorgan „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ damals offen, „so liegt es daran, daß der Preis hierfür zu hoch ist.“⁽⁶⁾

Notstandspolitik und faschistische Gefahr

Den Ausweg aus der wirtschaftlichen und politischen Misere suchte das Großkapital in einer Diktatur. Daher ertönte aus ihrem Munde immer lauter der Ruf nach einer Regierung der „starken Hand“ und nach Notstandsmaßnahmen. Die entscheidenden Gruppen des Finanzkapitals entzo-

gen immer mehr der mitregierenden SPD ihre Hilfe. Die Zeit, in der ihrer Ansicht nach „das führende, nämlich über die Wirtschaft verfügende Bürgertum zu schmal geworden ist, um seine Herrschaft allein zu tragen“⁽⁷⁾, und deshalb die Sozialdemokratie, die sich „als Träger der demokratischen Republik fühlte“⁽⁸⁾ vor ihren Karren spannte, sahen sie als abgelaufen. Der Ruf der großbürgerlichen Zeitungen stieß auch bald auf Widerhall.

Ende März 1930 wurde die Regierung der Großen Koalition unter Reichskanzler Müller (SPD) gestürzt und – nicht mehr auf parlamentarischem Wege – der katholische Politiker **Brüning** (Zentrumsparterie) als Reichskanzler eingesetzt. Er stützte sich auf eine Minderheit rechtsstehender Politiker. Brüning besaß das Wohlwollen der Reichswehrführung. Das war das erste Präsidialkabinett, eine Regierung, die nicht mehr bestrebt war, für ihre Gesetzesvorlagen eine parlamentarische Mehrheit zu erhalten, sondern die – unter weitherziger Auslegung des für Notfälle bestimmten Artikels 48 der Reichsverfassung – regierte. Der Reichstag selbst wurde weitgehend ausgeschaltet und, als er gegen zu drastische sozialreaktionäre und antidemokratische Maßnahmen der Regierung rebellierte – zum Beispiel am 18. Juli 1930, als er es wagte, die erste Notverordnung aufzuheben, die erhöhte Steuern für die breiten Volksmassen vorsah – noch am selben Tag von der Regierung aufgelöst.

Der Sturz der Regierung Müller brachte das Scheitern der Koalitionspolitik von SPD und führenden großbürgerlichen Parteien sichtbar zum Ausdruck. Das Großbürgertum hatte mit Hilfe der SPD die Zeit der revolutionären Stürme nach 1918 überstanden. Nunmehr nahm es das Steuer des Regierungsschiffes wieder in die eigenen Hände und steuerte es geradlinig auf eine autoritäre Alleinherrschaft zu.

Notverordnungen wurden bald der alleinige Weg der Gesetzgebung. Das Kabinett Brüning erließ allein im Jahre 1931 nicht weniger als 41 Notverordnungen. Ganze Bündel neuer Steuern, Gehalts- und Lohnkürzungen wurden auf diese Art und Weise „Gesetz“. Verordnungen „zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen“ und „zum Schutze des inneren Friedens“ ergänzten den rigorosen Abbau des Lebensstandards durch Einschränkungen des Versammlungs- und Demonstrationsrechts. Justiz und Polizei erhielten so gesetzlichen Rückhalt zum Vorgehen gegen jede Opposition, vor allem gegen die Arbeiterbewegung, gegen die Linke.

Die Notstandspolitik der Regierung Brüning schuf neues Elend und einen echten Notstand der Demokratie. Die sozialen Errungenschaften der arbeitenden Schichten schmolzen zusammen und auch die demokratischen Rechte und Freiheiten des Volkes wurden beträchtlich beschnitten. Die Handlungen des Kabinetts Brüning unterhöhlten das ganze Gefüge der Weimarer Republik und ihrer Verfassung immer stärker und bereiteten allmählich den Übergang zu einer faschistischen Diktatur vor.

Unter den faschistischen und halbfaschistischen Organisationen (Deutschnationale Volkspartei, Stahlhelm und andere) wuchs damals vor allem die Nazi-partei, die NSDAP. Von großbürgerlichen Gönnern reichlich mit Geld

ausgestattet, geschickt und mit teuflischer Demagogie, gelang es ihr bald, große Teile kleinbürgerlicher und bäuerlicher Wähler einzufangen. So erhielt sie bei den Reichstagswahlen am 14. September 1930 bereits sechs Millionen Stimmen. 1928 waren es nur etwa 800 000 Stimmen gewesen.

Was wollten die Nazis?

Die NSDAP, ihrem Ursprung nach eine der vielen rechtsextremistisch-chauvinistischen Gruppen der Nachkriegszeit, verkündete die „deutsche Wiedergeburt und das Recht Deutschlands und des deutschen Herrenmenschen“ zur Herrschaft in Europa und in der Welt.

Dieses Machtstreben gefiel dem deutschen Großkapital sehr. Zugleich aber fiel das nationalistische und auch „soziale“ Geschrei der Nazis bei vielen einfachen Menschen auf fruchtbaren Boden. Naziversprechungen über Arbeit und Brot trieben massenhaft auch Arbeitslose der NSDAP in die Arme. Anfällig für die nazistischen Parolen waren vor allem Angehörige des Mittelstands und der bäuerlichen Schichten.

Typische Bestandteile des faschistischen Gedankenguts waren: ein rassistisch „begründeter“ Nationalismus, der das Nationalgefühl mißbrauchte, wüten der Antikommunismus. Der Antikommunismus richtete sich gegen die Arbeiterbewegung und gegen jede demokratische Bestrebung. Dabei erwogen die Nazis selbst die physische Vernichtung ihrer Gegner aus der Arbeiterbewegung. „In der . . . marxistischen Weltanschauung . . . erblickt der Nationalsozialismus einen Todfeind“, schrieb Alfred Rosenberg, führender Ideologe der Naziartei. „Diese Weltanschauung zu überwinden und sie zu vernichten, ihre Hauptvertreter aber unschädlich zu machen, ist mit das wichtigste Ziel der NSDAP.“ (Wesen, Grundsätze und Ziele der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei. Das Programm der Bewegung, hrsg. u. erl. von Alfred Rosenberg, München, 1923, S.9). Hinzu kam die Phrase von der „Volksgemeinschaft“, schließlich der Antisemitismus, mit dem Popanz eines „Weltjudentums“, als erprobtes Mittel, von den wahren Schuldigen an der Not des Volkes abzulenken.

Diese Ideologie war äußerst primitiv und barbarisch, aber dennoch überaus gefährlich, und zwar, weil sie mit sozialradikalen Phrasen die weit verbreitete Enttäuschung über die formale Demokratie der Weimarer Republik auffangen und nutzbar machen wollte, weil sie auf die Revolutionsfurcht des Bürgertums und antikommunistisch verhetzter Bauern und Kleinbürger ebenso spekulierte wie auf die Verzweiflung vieler Erwerbsloser. Die Demagogie der Nazis, die großzügigen „Spenden“ der Industrie – so zahlten allein die Ruhrzechen, Leitung der entscheidenden Grubenbesitzer unter Kirdorf, an die NSDAP je Tonne verkaufter Kohle 50 Reichspfennige (vgl. Kurt Pritzkolet, Die neuen Herren, Wien – München – Basel 1955, S. 541) – und die Unterstützung beim Ausbau der Organisation durch kapitalistische Gönner (führende internationale Finanzkapitalisten wie Deterding, Ford, Kreuger, Vöglar, Thyssen sowie namhafte Leute des Hochadels und Großgrundbesitzes) zahlten sich aus.

Die Wirtschaftskrise mit ihren verheerenden Wirkungen bildete für das Vordringen des Nazismus vor allem unter den Mittelschichten einen guten Nährboden. Die Phrasen der NSDAP wurden von vielen Menschen geglaubt. Das Massenelend trieb dann auch den Nazis neue Wähler und Mitglieder in ihre uniformierten Verbände, die SA und SS. Die NSDAP befand sich zu dieser Zeit auf dem Vormarsch.

Die Notstandspolitik der Brüning-Regierung und die braune Welle erhöhten sichtbar die Gefahr einer faschistischen Diktatur. Schon jetzt wurde der Maßanzug der künftigen Diktatur geschneidert, wie der bekannte Journalist Sebastian Haffner rückblickend schrieb, „in die Hitler nur hineinzu-schlüpfen brauchte.“⁹⁾

Die bürgerliche Demokratie geriet in eine ernsthafte Krise. Tatsächlich war die Weimarer Verfassung „schon drei Jahre vor Hitlers Machtantritt so ausgehöhlt, wie das Bonner Grundgesetz unter Lückes Notstandsverfassung sein wird.“¹⁰⁾

Der Weimarer Republik drohte der Untergang. Die Verteidigung der Demokratie und Freiheiten des Volkes war jetzt das Gebot der Stunde!

Verhängnisvolle Entscheidungen

Sahen die großen und einflußreichen Arbeiterparteien, SPD und KPD, die aufziehenden Gefahren? Erkannten sie die Alarmsignale? Wertete die SPD den Sturz der Müller-Regierung richtig?

Die SPD hielt die faschistische Massenbewegung für eine Bewegung verkommener und wildgewordener kleinbürgerlicher Spießer. Sie erkannte nicht die Hintermänner und Träger aus dem Großkapital. Die SPD-Führer trauten im Grunde den großkapitalistischen Kreisen, für deren Rettung nach 1918 sie so viel getan hatten und mit deren politischen Parteien sie in Koalition gesessen hatten, eine Schurkerei wie den Faschismus, wie das Hinüberwechseln zur direkten Unterstützung der Naziartei, nicht zu.

Tatenlos sah die Führung der Sozialdemokratie dem Abbau der Demokratie durch Notverordnungen zu. Die SPD tolerierte und duldete sogar die antidemokratischen Maßnahmen der autoritären Regierung Brüning. Diese Duldung führte sie zur völligen Handlungsunfähigkeit. Die deutsche Sozialdemokratie wollte koalitionsfähig bleiben. Sie rief die Massen nicht zum Widerstand gegen die Nazis und die schleichende Faschisierung auf, weil sie fürchtete, so von ihren bürgerlichen Koalitionsparteien als nicht mehr „fein“ genug verachtet zu werden. Darum setzte sie weder die großen sozialdemokratisch geführten Organisationen, besonders die Gewerkschaften und das Reichsbanner – eine Art Selbstschutzorganisation – noch die ihr verbliebenen staatlichen Machtpositionen gegen die herausziehende nazistische Gefahr ein.

Noch im Juli 1930 beschloß die SPD-Fraktion, die Regierung Brüning zu

tolerieren, d.h. alle Anträge gegen die Notverordnungen und alle Mißtrauensanträge gegen das Kabinett zu Fall zu bringen. Der sozialdemokratische Ministerpräsident Preußens, **Otto Braun**, erklärte, man müsse „neben dem Karren hertröten“, denn Brüning sei „das kleinere Übel“. ¹¹⁾ Auch warnende Stimmen aus der eigenen Partei, die darauf hinwiesen, daß jedes Zugeständnis an die großbürgerlichen Kräfte deren Appetit nur steigern, daß daher die Tolerierung der Notstandsdictatur die faschistische Gefahr nur vergrößern werde, vermochten die Führung der SPD nicht von ihrer Haltung abzubringen. In einer internen Unterredung am 17. März 1931 erklärten die sozialdemokratischen Abgeordneten **Breitscheid, Hertz, Hilferding und Wels** dem Reichskanzler sogar, daß sie „gegen diktatorische Vollmachten . . . keine Bedenken“ hätten. Sie baten jedoch im Hinblick auf den bevorstehenden sozialdemokratischen Parteitag, „der Sozialdemokratie die Situation nicht allzusehr zu erschweren.“ ¹²⁾

In einer anderen Unterredung mit der Regierung schlugen Vertreter der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion am 15. Juni 1931 vor, den Reichstag oder wenigstens seinen Hauptausschuß über gewisse Änderungen an der jüngsten Notverordnung beraten zu lassen, um für die Unzufriedenheit der Massen „ein Ventil“ zu schaffen.

So unterstützten sozialdemokratische Führer die Brüning-Regierung und jene großkapitalistischen Kräfte, die hinter ihr standen und für eine **allmähliche** Faschisierung, aber **keineswegs** gegen den Faschismus waren.

Mit der Politik des „kleineren Übels“ wurde die Arbeiterklasse gelähmt. Auf dem Leipziger Parteitag der SPD, Ende Mai 1931, vertrat der Hauptredner, **Fritz Tarnow**, die These, die Arbeiterbewegung habe „am Krankenslager des Kapitalismus . . . Arzt zu sein, der ernsthaft heilen will“. ¹³⁾

Die Entscheidung der SPD-Führung, den Faschisierungskurs zu dulden, ihre Anhänger vom Widerstand abzuhalten und um keinen Preis mit den Kommunisten gemeinsam vorzugehen, war für die reaktionären großbürgerlichen Kräfte außerordentlich vorteilhaft. Für die Sache der Demokratie in Deutschland war sie um so verhängnisvoller. Deshalb stieß diese Politik innerhalb der SPD auf zunehmende Proteste. „Nichts schwächt den Kampfeswillen der Arbeiter so sehr“, wie ein oppositioneller Sozialdemokrat damals schrieb, „wie die Taktik der ewigen Zugeständnisse, die zugleich den Heißhunger der Bourgeoisie nach immer neuen und immer größeren Zugeständnissen noch verstärkt.“ ¹⁴⁾ Die Opposition innerhalb der Reihen der SPD gegen die Politik des „kleineren Übels“ wurde aber vom Parteivorstand unterdrückt. Daraufhin kam es nicht selten zum offenen Bruch oppositioneller Sozialdemokraten mit der SPD. Sie gründeten Anfang Oktober 1931 die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAP). Diese Partei verfocht die Interessen der Arbeiter, trat gegen die Notstandspolitik der Regierung auf, führte den Kampf gegen Finanzkapital und Faschismus.

Programm für Demokratie und Frieden

Und wie verhielt sich die KPD in diesen ereignisreichen Jahren? **Wilhelm Pieck**, 1935 für die Zeit der Kerkerhaft **Ernst Thälmanns** zum Vorsitzenden der KPD ernannt, erläuterte in einer Rede auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale (25.7. bis 20.8.1935 in Moskau) deren Politik wie folgt:

„Aus der Einstellung der sozialdemokratischen Führerschaft und bei der Machtstellung, die die Bourgeoisie gegenüber der Arbeiterklasse besaß, ergab sich von selbst, daß das Proletariat vollkommen der Bourgeoisie ausgeliefert und ohne jede Führung in seinen wirtschaftlichen Kämpfen geblieben wäre, wenn nicht die Kommunisten dieser Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie mit aller Schärfe den Klassenkampf gegenübergestellt und versucht hätten, eine revolutionäre Führung der wirtschaftlichen und politischen Kämpfe zu organisieren.“ ¹⁵⁾ Diese Politik richtete sich konkret gegen den zunehmenden Rechtsruck, verurteilte scharf die Zusammenarbeit führender Sozialdemokraten mit den bürgerlichen Parteien, zielte auf die Herauslösung der SPD aus dem Abhängigkeitsverhältnis zum Großbürgertum. Die KPD strebte aber gleichzeitig auch die Einheitsfront von Sozialdemokraten und Kommunisten an.

Tatsächlich gelang es ihr mit dieser politischen Linie, viele Arbeiter, die der SPD wegen ihrer unverhüllten Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien den Rücken wandten, an sich zu ziehen, gewaltige Streikaktionen und Demonstrationen ins Leben zu rufen, zusammen mit ihnen einen starken Wall gegen die antisoziale und autoritäre Politik jener Zeit zu errichten. Warnend und mahnend erhoben die Kommunisten in der Stunde erster Gefahr für die Weimarer Republik immer wieder ihre Stimme. „Wer Hindenburg wählt“, so erklärte die KPD vorausschauend, „der wählt Hitler, wer Hitler wählt, wählt den Krieg.“

Die Kommunisten sahen schon im Sturz der Müller-Regierung ein sichtbares Anzeichen für den politischen Kurswechsel des Großkapitals und der Hochfinanz hin zur faschistischen Diktatur. Die KPD trat in der Stunde erster Bedrohung wiederholt mit konkreten Vorschlägen „zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes“ – so am 24. August 1930 – in die Öffentlichkeit. Darin forderte sie den „Sturz des Imperialismus und die Befreiung der Völker von der Macht des Finanzkapitals“ ¹⁶⁾, darüber hinaus entwickelte und veröffentlichte die KPD einen Arbeitsbeschaffungsplan, ein Bauernhilfeprogramm und Vorschläge über weitere Sofortmaßnahmen zur Beseitigung des sozialen Elends und wirtschaftlichen Ruins. Das Nahziel ihrer Politik war: die Verteidigung der demokratischen Volksrechte und der Stopp des faschistischen Vormarsches.

Diese politische Linie war allerdings nicht Allgemeingut der ganzen KPD. Es gab selbst an der Spitze zu dieser Zeit noch falsche Auffassungen über das Wesen des Faschismus und im gewissen Grade auch eine Unterschätzung der nazistischen Bewegung. „Diese Fehler ergaben sich aus der absolut falschen Vorstellung“, wie **Wilhelm Pieck** noch in seiner schon

oben erwähnten Rede ausführte, „daß sämtliche bürgerliche Parteien faschistisch seien, daß es ‚keine zwei Herrschaftsmethoden der Bourgeoisie‘ gebe, daß es den Kommunisten nicht gezieme, die Reste der bürgerlichen Demokratie zu verteidigen.“¹⁷⁾

Solche engen Auffassungen verschleierten damals noch manchem Kommunisten den Blick für das so dringend notwendige Bündnis aller Demokraten. Höchst aktuell und erforderlich war doch gerade in der Stunde drohender faschistischer Gefahr der Zusammenschluß aller Antifaschisten zu einem breiten großen Strom, die Verteidigung der bürgerlich-demokratischen Rechte durch dieses Bündnis, vor allem das gemeinsame Handeln der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen.

Allerdings gab es hierfür noch wenig Neigung und Bereitschaft. Die Führer der SPD und auch des ADGB (Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund) blieben Partner der großbürgerlichen Parteien und lehnten wiederholt gemeinsame Aktionen der Arbeiterorganisationen gegen die Nazis und ihre großindustriellen und militaristischen Hintermänner ab. Die Mehrheit der sozialdemokratischen Anhänger hörte auf ihre Führer und duldete die Haltung ihres Vorstandes zur KPD und ihren Einheitsfrontangeboten.

Proletarische Einheitsfront – Gebot der Stunde

Die KPD orientierte ihre Anhängerschaft und die ganze Arbeiterklasse trotz der ablehnenden Einstellung der offiziellen Sozialdemokratie immer stärker auf die proletarische Einheitsfront. Dieser Kurs stieß aber auch in den Reihen der KPD noch auf Widerstand.

Die Zusammenarbeit der führenden SPD-Politiker wie **Braun, Severing** (Innenminister Preußens), **Zörgiebel** (Polizeipräsident von Berlin) und anderer mit den herrschenden Kreisen aus dem Großbürgertum und der Hochfinanz, ihre Politik des „kleineren Übels“, die Hetze gegen die KPD, der Terror sozialdemokratischer Polizeipräsidenten gegen Streiks und Widerstandsaktionen der Arbeiter, vor allem der Kommunisten und ihrer Anhänger, riefen in den Reihen der KPD Zorn und Haß gegen die ganze SPD hervor, erschwerte die Unterscheidung zwischen SPD-Führern und -Mitgliedern, hemmte die Gewinnung sozialdemokratischer Anhänger für die Auseinandersetzung mit den Feinden der Weimarer Republik. „So richtig es war“, stellte dazu Wilhelm Pieck fest, „daß die Kommunisten in Deutschland sich entschieden von der Sozialdemokratie abgrenzten und einen rücksichtslosen Kampf gegen Zörgiebel und Severing führten, so falsch war es dagegen, daß Kommunisten begannen, sich auch von den sozialdemokratischen Arbeitern abzugrenzen und sie als kleine ‚Zörgiebels‘ zu bezeichnen.“

Solche schädlichen Ansichten fanden eine Zeitlang auch Eingang in offizielle Dokumente der KPD. Ernst Thälmann, Vorsitzender der KPD, und mit ihm die Mehrheit der kommunistischen Führer, verwurfen diese Auffassung als falsch, setzten sich mit ihnen hart auseinander, sprachen sich

ausdrücklich gegen eine Gleichsetzung von oberen SPD-Führern und einfachen Mitgliedern der Partei sowie ihren unteren Führern aus.

Das Verhältnis KPD – SPD war immer wieder Gegenstand des Meinungsstreits innerhalb der kommunistischen Reihen und führte wiederholt auch in der Spitze zu Auseinandersetzungen.

Diese Meinungsverschiedenheiten über die Haltung zur SPD erschwerten natürlich die Schaffung der proletarischen Einheitsfront und schwächten auch die Aktionsfähigkeit der Arbeiterklasse. Die deutsche Arbeiterbewegung stand so der rapiden faschistischen Entwicklung am Ende der Weimarer Republik gespalten gegenüber. Die SPD, als die älteste und größte deutsche Arbeiterpartei, war vom reformistischen Rost zerfressen. Sie trieb ihre Politik auf dem Boden der guten Eintracht und offenen Zusammenarbeit mit dem Großbürgertum, dessen Macht sie 1919 durch Niederschlagung der Revolution retten half. Die KPD stritt auf dem Boden klassenkämpferischer Positionen und einer ursprünglich völlig richtigen Einschätzung der Weimarer Republik als eines Staates des Großkapitals, der seinen Ursprung der Konterrevolution von 1919 verdankte, gegen die anti-soziale und autoritäre Politik der kapitalistischen Herrschaft. Es gab zwischen ihnen keine Versöhnung, selbst dann nicht, als sich die Frontstellung durch den Angriff des Großkapitals auf die Reste der bürgerlichen Demokratie der Weimarer Republik, durch die unmittelbare Drohung eines faschistischen Regimes wesentlich verändert hatte. Diese Spaltung der Arbeiterbewegung half der NSDAP, ihren Vormarsch weiter voranzutreiben.

Die parlamentarische Demokratie in ihren letzten Zügen

Ermuntert durch die ersten Ergebnisse der Notverordnungs politik, ermutigt durch das Verhalten der SPD-Führung, drangen einflußreiche Kreise aus der Industrie und Hochfinanz immer energischer auf eine beschleunigte Faschisierung. Dieser Kurs fand immer mehr Anhänger in der Großbourgeoisie. Thyssen, einer der einflußreichsten Männer der Industrie, sprach das Ende 1930 ganz offen aus. In einer Hauptausschußsitzung des Reichsverbandes der deutschen Industrie forderte er ein direktes Hinwenden der Regierung Brüning zu den Deutschnationalen und den Nazis. Diese Stimmen mehrten sich im Laufe des folgenden Jahres. Schon im Sommer 1931 erschien ein wirtschaftspolitischer Pressedienst der Nazi-Partei, den 60 führende Großkapitalisten finanzierten, darunter **Duisberg, Klöckner, Poensgen, Reinhart, Rosterg und Vögler**. Anfang Oktober 1931 wurden die ersten Besprechungen über eine Regierungsbeteiligung der Nazis geführt.

Um dieselbe Zeit bildete Brüning sein Kabinett um: General Groener übernahm neben dem Reichswehrministerium auch das Innenministerium, das Vorstandsmitglied des großen Chemiekonzerns IG-Farben, Professor **Warmbild**, trat ins Kabinett ein.

Wenige Tage nach diesem Rechtsruck (am 12.10.31) versammelten sich in

Bad Harzburg die Führungen der Parteien und Organisationen der Rechten: der Nazi-Partei, der großindustriellen und großagrarischen Deutschen Volkspartei sowie der Deutschnationalen Volkspartei, des Stahlhelms und anderer faschistischer Organisationen. **Hitler, Hugenberg und Schacht** forderten in ihren Reden die Bildung faschistischer Regierungen im Reich und in Preußen.

An der Tagung nahm eine Anzahl führender Großkapitalisten und Großgrundbesitzer, so **Thyssen und Poensgen** von den Vereinigten Stahlwerken, **Schacht und von Strauß** als Vertreter der Großbanken, die Großgrundbesitzer aus „Ostelbien“ **Graf Kalchreuth** und **von Gayl**, der Kapp-Putschist von **Lüttwitz** und die Hohenzollernprinzen **Eitel Friedrich und August Wilhelm** sowie namhafte Vertreter der Militärclique teil.

Diese Kräfte bildeten eine „Harzburger Front“.

Im Verein mit der Regierungsumbildung signalisierte diese „Harzburger Front“ ein rapides Anwachsen der nazistischen Gefahr. Jetzt wurden Kontakte zwischen der Kanzlei des Reichspräsidenten von **Hindenburg**, der Reichwehrführung, führenden Monopolvertretern und den Führern der Nazi-Partei hergestellt. Ende Januar legte Hitler im Düsseldorfer Stahlfabrik vor Hunderten Großindustriellen – unter ihnen **Kirdorf, Thyssen, Krupp, Fedick, Duisberg, Graf von Donnersmarck, von Borosy, Vögler, Zangen** u.a. – sein mit Zustimmung aufgenommenes Programm dar.

Ein Spiegelbild der Entwicklung waren die Reichspräsidentenwahlen vom 13. März 1932. Hitler erhielt im ersten Wahlgang über 11 Millionen Wählerstimmen. Die meisten Anhänger der bürgerlichen Mittel- und Rechtsparteien waren zu den Nazis übergelaufen. Hindenburg erhielt über 18,6 Millionen Stimmen. Seine Kandidatur war von den katholischen Parteien (Zentrum und Bayerische Volkspartei) und von der SPD unterstützt worden. Der Aufruf des Parteivorstandes der SPD zur Wahl des kaiserlichen Feldmarschalls, der sich als willfähiges Werkzeug der Reaktion erwiesen hatte, nun aber als angeblich letztes Bollwerk gegen Hitler dargestellt wurde, beruhte auf einem verhängnisvollen Trugschluß. Die SPD-Führer sahen nicht, daß, wer Hindenburg wählte, Hitler wählte! Diese falsche Politik führte Millionen antifaschistisch gesinnter Arbeiter und demokratischer Bürger in die Irre. Der einzige antifaschistische Kandidat war der Parteivorsitzende der KPD, **Ernst Thälmann**. Er erhielt, unterstützt auch von entschiedenen bürgerlichen Demokraten wie **Carl von Ossietzky** und von oppositionellen Sozialdemokraten, fünf Millionen Stimmen.

Das Wahlergebnis zeigte die Größe der faschistischen Gefahr und das Versagen der Sozialdemokratie und des Bürgertums. Nunmehr spitzte sich die Situation noch mehr zu. Die Nazis erhielten bei den Landtagswahlen, Ende April 1932, in mehreren deutschen Ländern bedeutende Stimmengewinne. Ende Mai 1932 wurde die Regierung Brüning von demselben Hindenburg zum Rücktritt gezwungen, der mit Brünings Hilfe wiedergewählt worden war. Ein noch reaktionärer Kabinetts – unter dem rechten Zentrumspolitikern, Vertrauensmann der Reichswehr, des reaktionären Klüngels im Präsi-

dentienpalais, und Hochadligen des Herrenclubs – **Franz von Papen** wurde eingesetzt. Der Reichstag wurde sofort und ohne jeden Anlaß aufgelöst. Maßnahmen zur strafrechtlichen Verfolgung der Nazischläger, die Jagd auf antifaschistische Arbeiter machten und zahlreiche Morde begingen, wurden ausgesetzt. Redaktionen der Arbeiterpresse wurden demoliert. Es kam zu regelrechten „Strafexpeditionen“ der Nazis in die Arbeiterviertel. Funktionäre der KPD, der SPD und der Gewerkschaften wurden gelyncht. Einigen Landesregierungen, die mit polizeilichen Verboten das uninformierte Auftreten faschistischer Schlägerkolonnen eindämmen wollten, wurde das untersagt. Die Zahl der von Nazis ermordeten Arbeiter stieg von 49 im Jahre 1931 auf 139 im Jahre 1932 an.

Den schwersten Schlag gegen die Reste der parlamentarischen Demokratie führten Papen, Hindenburg und die Reichswehrgeneralität mit dem Staatsstreich vom 20. Juli 1932. An diesem Tage wurde, unter Berufung auf den Artikel 48, die Regierung des größten deutschen Landes, Preußens, abgesetzt und die Verwaltung des Landes durch Reichskommissare übernommen. Der durch den militärischen Ausnahmezustand abgesicherte Staatsstreich hatte den Zweck, der Führung der SPD die ihr noch verbliebenen staatlichen Positionen, besonders die Verfügung über die starken preußischen Polizeikräfte, zu entziehen, sie restlos aus der Macht des Staates herauszudrängen, ihr eine schwere politische Niederlage beizubringen, das in Preußen noch halbwegs funktionierende parlamentarische System lahmzulegen, die föderativen Rechte der Länder in einen Fetzen Papier zu verwandeln, die staatlichen Machtmittel in den Händen bewährter Reaktionskräfte zu konzentrieren. Mit diesem Staatsstreich trat die Auseinandersetzung der faschistischen Kräfte mit ihren Gegnern in die entscheidende Phase ein.

Der Staatsstreich wäre zu vereiteln gewesen, wenn die sozialdemokratische Führung der Gewerkschaften dem Angebot der KPD, gemeinsam den Generalstreik auszulösen, zugestimmt hätte, und wenn zugleich die Staatsorgane, besonders die preußische Polizei, die sich unter sozialdemokratischer Führung befand, den Putschisten entschlossenen Widerstand geleistet hätten. Das fürchtete die Reaktion. Hugenburgs – des damaligen „Springers“ – „Berliner Lokal-Anzeiger“ stellte nach der Ablehnung des kommunistischen Angebots durch die Führung der SPD erleichtert fest: „... daß die Sozialdemokratie ihre Leute bremst ... ist erfreulich.“¹⁸⁾ Auch der Militärbefehlshaber im Bereich des Belagerungszustandes, General **Rundstedt**, – Hitlers späterer Marschall – sprach der SPD den Dank für ihr Stillhalten aus.

Der Parteivorstand der SPD, der von dem bevorstehenden Schlag gegen die sozialdemokratisch geführte preußische Landesregierung unterrichtet gewesen war, hatte schon am 16. Juli beschlossen, „bei allem, was kommen möge, die Rechtsgrundlage der Verfassung nicht zu verlassen.“¹⁹⁾ Als ob der Staatsstreich verfassungsmäßig gewesen wäre. In Wahrheit dankte er also schon vor Ausbruch des Putsches vor den Verfassungsbrechern ab und kapitulierte. Das sozialdemokratische Zentralorgan „Vorwärts“ hatte jedoch am 17. Juli für den Fall eines Bruchs der Verfassung auf den Ausgang

des Kapp-Putsches verwiesen. Daher rechneten Sozialdemokraten überall im Lande mit dem Aufruf ihrer Partei zum Generalstreik – wie damals 1920. Sie wurden aber überrumpelt von dem dann tatsächlich erfolgten Verzicht ihrer Führung auf jeden Widerstand. So verpuffte der auch in der Sozialdemokratie spürbare Wille, den verfassungswidrigen Gewaltstreich nicht zu dulden, weil die Spitze der Millionenorganisation sich nicht entschließen konnte, der Reaktion eine geschlossene und entschieden handelnde Front der Arbeiterschaft entgegenzustellen.

Antifaschistische Aktion – der einzige Ausweg

Der Kurs der sozialdemokratischen Führer, sich um jeden Preis den großbürgerlichen Kräften anzupassen, verurteilte die Partei und die von ihr geführten Millionen-Verbände, vor allem die Gewerkschaften, zur politischen Handlungsunfähigkeit und gab dem Faschismus grünes Licht. „Wir waren wirklich nur Objekt der Entwicklung“²⁰⁾, bekannte später der SPD-Vorsitzende Wels.

Die Kommunistische Partei suchte damals mit aller Kraft, die gemeinsame Front der Antifaschisten herbeizuführen. „Die Gefahr ist riesengroß, aber sie wird gebannt werden, wenn wir uns zum Kampf zusammenschließen“²¹⁾, so schätzte der kommunistische Reichstagsabgeordnete Dr. Neubauer im Sommer 1932 die Situation ein. Ernst Thälmann schlug vor, „eine große antifaschistische Aktion . . . in die Wege zu leiten.“ Kommunisten organisierten in allen Teilen des Landes Beratungen der Antifaschisten, suchten Aktionsausschüsse aus Mitgliedern der KPD, der SPD, der Gewerkschaften und anderer Organisationen zur Führung des antifaschistischen Kampfes aufzubauen. Die KPD förderte die Organisation eines Selbstschutzes zur Verteidigung der Gewerkschaftshäuser, Redaktionen, Konsumgebäude und Arbeiterwohnungen bei Naziüberfällen.

Die politische Polizei registrierte sorgfältig die antifaschistische Stimmung und Aktivität in der Arbeiterschaft. „SPD-Betriebsräte gehen mit roten Kollegen zusammen, Reichsbannermitglieder erscheinen als Delegierte ihrer Kameraden in kommunistischen Versammlungen; in Duisburg erörterten Funktionäre der Eisernen Front – einer Selbstschutzorganisation der linken Sozialdemokraten (Einfügung von der Redaktion) – im Parteibüro der KPD Einheitsfrontmaßnahmen. Gemeinsame Sargwachen und Beeteiligungen bei Beerdigungen sind schon überall die Regel, ebenso wie bei oder nach nationalsozialistischen Aufmärschen regelmäßig wirklich überparteiliche Demonstrationen veranstaltet werden. Sozialdemokraten erscheinen bei den vielerorts veranstalteten antifaschistischen Kongressen der KPD, wenn auch noch nicht in der von der KPD erhofften Zahl; Gewerkschaftsfunktionäre erklären, daß man die entgegengehaltene Bruderhand der KPD nicht zurückweisen dürfe und äußern Kritik an der Politik von SPD und ADGB. Die Duisburger ‚Volksstimme‘, SPD-Organ, begrüßte das Zustandekommen der Einheitsfront, die spontan von unten her kommen würde . . .“, heißt es in einem Geheimbericht für das Reichsinnenministerium.²³⁾

In den Innenministerien kam man zu dem Schluß: „Von Seiten der Polizeibehörden werden wir darauf hingewiesen, daß die Organisierung einer ‚antifaschistischen Aktion‘ zu einer außergewöhnlichen Gefahr für die bestehende Staatsordnung werden kann. Es sei fraglich, ob die sozialistischen Arbeiter noch weiterhin ihren Führern folgen werden (die eine Zusammenarbeit von Sozialdemokraten und Kommunisten strikt ablehnten und untersagten – d.Verf.), da in diesen Kreisen vielfach nur im Zusammenschluß mit den Kommunisten ein Ausweg aus den bestehenden Verhältnissen gesehen wird.“²⁴⁾

Bei den Reichstagswahlen am 31. Juli 1932 konnten die Nazis, im Vergleich zu den Wahlen im Frühjahr des gleichen Jahres keinen weiteren Zuwachs mehr verzeichnen; als nach der erneuten Auflösung des Reichstages am 6. November wieder gewählt wurde, verloren sie sogar zwei Millionen Stimmen, während der Einfluß der KPD ständig wuchs. Der Widerstand des proletarischen Selbstschutzes gegen die Terroristengruppen der Nazis verstärkte sich derart, daß die Regierung den Nazis Anfang August mit einer Notverordnung zu Hilfe kommen mußte. Mit Sondergerichten und Androhung von Todesstrafen wurde versucht, den antifaschistischen Widerstand zu brechen. Es war also nicht gelungen, die Arbeiterbewegung mit einem Feldzug der SA und SS niederzuschlagen.

Verhandlungen über die Bildung einer Koalitionsregierung unter Einschluß der Nazis, die im August erneut aufgenommen wurden, scheiterten wieder, weil angesichts der starken antifaschistischen Bewegung das Risiko den entscheidenden Kräften hinter der Regierung zu groß schien. Im Herbst erhob sich gegen eine Notverordnung, die praktisch das Tarifrecht außer Kraft setzte, eine so breite Welle von Streiks, daß nur wenige Unternehmer es wagten, die Löhne in dem zugestandenen Maße herabzusetzen. Die Papen-Regierung sah sich in Anbetracht dieser Mißerfolge am 17. November gezwungen, zurückzutreten. Die zum Faschismus drängenden Kräfte mußten erneut lavieren.

Hitler wird vom reaktionären Großkapital an die Macht geschoben

Nach Papens Sturz vergingen vierzehn Tage, bis eine neue Regierung gebildet wurde. Eine Gruppe von Konzernherren (Thyssen, Vöglar, von Schröder, Rostberg, Reusch, Springorum, Reinhart, Graf Kalkreuth usw.) hatte in dieser Zeit auf Anregung Schachts in einer Eingabe an Hindenburg diesen aufgefordert, ohne Umschweife Hitler zum Kanzler zu berufen. Die aggressivsten finanzkapitalistischen Kräfte wollten mit der Einsetzung einer Hitlerregierung einem weiteren Rückgang des Einflusses der Nazis und einem weiteren Aufschwung der antifaschistischen Bewegung zuvor kommen. Schon einen Monat vorher, nämlich im Oktober 1932, hieß es in den „Deutschen Führerbriefen“ – der vierzehntägig herausgegebenen Privatkorrespondenz einer Industriellengruppe, zu der u.a. Paul Silversberg, Carl Duisberg, Carl Friedrich von Siemens, Florian Klöckner, Paul Reusch, Karl Haniel, Robert Bosch, Robert Pferdenges und Friedrich Flick

zählten –: „Die Frage, auf die sich alles zusammendrängt, ist daher, ob es für den Nationalsozialismus eine spezifisch soziale Möglichkeit gibt, durch die er aus einer faschistischen Bewegung in ein Teilorgan der bürgerlichen Herrschaft verwandelt werden kann, so daß er für das Bürgertum die bisherige Rolle der Sozialdemokratie ersetzen kann.“²⁵⁾

Andere Teile des Großkapitals fürchteten aber noch das damit verbundene Risiko. Sie wollten lieber mit Unterstützung der rechten Führer der SPD und der Gewerkschaften regieren und die führenden Positionen in der Regierung nicht den Nazis ausliefern. Das Steuer des Staatsschiffes sollte noch in den Händen ihrer eigenen Leute bleiben. So wurde zunächst Anfang Dezember 1932 eine Regierung unter dem Chef der Reichswehr, General von Schleicher, gebildet, die durch die Aufhebung und Einschränkung einiger Notverordnungen den antifaschistischen Widerstand zu dämpfen suchte. Gleichzeitig verhandelte sie mit Gewerkschaftsführern und mit Vertretern des Strasser-Flügels der NSDAP – der einigen entscheidenden Monopolgruppen verlässlicher erschien als die Gruppe um Hitler. Die SPD-Führung behauptete damals, nun sei die faschistische Gefahr gebannt, während die KPD im Schleicher-Kabinetts zutreffend den Platzhalter für eine Hitler-Regierung sah.

Tatsächlich amtierte Schleicher erst einen Monat, als im Hause des Kölner Bankiers von Schröder am 4. Januar 1933 und im Hause Kirdorfs am 7. Januar 1933 zwischen führenden Finanzkapitalisten, Hitler und anderen Naziführern und von Papen die Zusammensetzung eines Hitler-Kabinetts ausgehandelt wurde. Schlagartig nahmen im ganzen Reich die provokatorischen Aufmärsche der Nazis, ihre Überfälle auf Antifaschisten wieder zu. Am 28. Januar nötigte Hindenburg den General von Schleicher, zurückzutreten. Am 30. Januar 1933 ernannte er Hitler zum Reichskanzler. Es war der Tod der Weimarer Republik.

Die KPD alarmierte die Arbeiterklasse und schlug der SPD und den Gewerkschaften die Ausrufung des Generalstreiks gegen die faschistische Diktatur vor.²⁶⁾ Leider lehnten die Führungen der SPD und der Gewerkschaften auch dieses Angebot der KPD ab, und das – obwohl 1933 auch die Masse der Sozialdemokraten zum Widerstand mit allen Mitteln entschlossen war. „Das Gros unserer Anhänger hat ... aktiven Widerstand erwartet“, schrieb dazu später Paul Löbe, sozialdemokratischer Reichspräsident, in seinen Memoiren, „die Führer aber waren von der Nutzlosigkeit ... überzeugt.“²⁷⁾

Die Nazis jedoch fürchteten nichts mehr, als daß die SPD-Führung das Angebot der KPD annehmen würde. Dies zeigt die Niederschrift über den Verlauf der ersten Nazi-Minister-Besprechung. Hitler sprach von der Gefahr eines Generalstreiks. Dieser müsse die tiefgehenden Widersprüche im Lager der Rechten zum Aufbrechen bringen. Göring beruhigte Hitler: nach seinen Informationen werde die SPD-Führung das kommunistische Kampfangebot nicht annehmen.

Leider hatte Göring recht!

So konnte das deutsche Großkapital den Sieg über die deutsche Arbeiterbewegung erringen, der Weimarer Republik den Todesstoß versetzen, konnte Barbarei in Deutschland triumphieren und unser Volk in die furchtbarste Katastrophe seiner Geschichte stürzen.

Anmerkungen

- 1) Veröffentlichungen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Berlin 1930, Heft 5, S. 37
- 2) Sebastian Haffner, Die ganze Richtung stimmt nicht, in „Stern“, Hamburg, 7.1.1968
- 3) Dorothea Groener-Geyer, General Groener, Soldat und Staatsmann, Frankfurt a. M. 1955, S. 272/73
- 4) ebenda
- 5) ebenda
- 6) Deutsche Arbeitgeber-Zeitung, Berlin, 13. April 1930
- 7) „Deutsche Führerbriefe“ – herausgegeben von einer Gruppe einflußreicher Industrieller wie Klöckner, von Siemens, Reusch, Haniel, Bosch, Pferdenges, Flick u.a., zit. in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 10/1967, S. 999
- 8) Wilhelm Keil, SPD-Parlamentarier, auf dem Heidelberger Parteitag der SPD – 1925, vgl. H.H. Grebing, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, München 1966, S. 170
- 9) Sebastian Haffner, Die Richtung stimmt nicht, in „Stern“, Hamburg, 7.1.1968
- 10) ebenda
- 11) Otto Braun, Von Weimar zu Hitler, Hamburg, 1949, S. 179
- 12) Zitiert nach: Das Ende der Parteien 1933, Hrsg. von Erich Matthias und Rudolf Morsey (1960), S. 208/209
- 13) Zitiert nach: Das Ende der Parteien 1933, Hrsg. von Erich Matthias und Rudolf Morsey (1960), S. 213
- 14) Zitiert in: „Der Klassenkampf“, Berlin, 1931, Nr. 7, S. 176
- 15) Pieck, Dimitroff, Togliatti: Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunisten im Kampf für die Volksfront, gegen Krieg und Faschismus, Berlin 1957, S. 14
- 16) Die Rote Fahne, Berlin, 24.8.1930
- 17) Pieck, Dimitroff, Togliatti, a.a.O., S. 36
- 18) Berliner Lokal-Anzeiger, 21. Juli 1932
- 19) Carl Severing, Mein Lebensweg, Bd. II, Köln 1950, S. 347
- 20) Zitiert nach: Das Ende der Parteien, a.a.O., S. 101
- 21) Der rote Wähler, Mitteilungsblatt der kommunistischen Reichstagsfraktion, Nr. 6 vom Juni 1932
- 22) Deutsches Zentralarchiv, Potsdam, RMdI, Abt. IAN, Nr. 25 253, Lagebericht Nr. 13 v. 16. Juli 1932
- 23) Aus einem Bericht des Thüringischen Ministeriums des Innern an das Reichsministerium des Innern, 18. Juli 1932
- 24) Zitiert in: „Blätter für deutsche und internationale Politik“, Heft 10/1967, S. 999
- 25) Aufruf der KPD vom 30.1.1933 zum Generalstreik, in: Die Antifaschistische Aktion, o.O., o.J., S. 354
- 26) Paul Löbe, Erinnerungen eines Reichspräsidenten, Berlin-Grunewald 1949, S. 147

SIE BEZAHLTEN HITLER



BANKIER SCHRODER: Ein gemeinsames Interesse der Wirtschaft bestand in der Angst vor dem Bolschewismus und der Hoffnung, daß die Nationalsozialisten, einmal an der Macht, eine beständige politische und wirtschaftliche Grundlage in Deutschland herstellen würden. ... Weiterhin erwartete man, daß eine wirtschaftliche Konjunktur durch das Vergeben von größeren Staatsaufträgen wirksam werden wird.

GROSSINDUSTRIELLER HENKEL: Von Dutzenden Parteien, die vor 1933 im Reichstag saßen, gab es nur eine hundertprozentige antikommunistische Partei, und das war die Nazi-Partei. Als uns Hitler 1932 erklärte, daß er mit den Kommunisten aufzubrechen würde, entschlossen wir uns, ihm zu unterstützen.



DAS PROGRAMM des Nationalismus und Revanchismus der Nazi-Partei, das von den Hauptkräften der Bourgeoisie unterstützt wurde, stellte die KPD im August 1930 das auf Initiative Ernst Thälmanns vom Zentralkomitee beschlossene Programm zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes entgegen. Es wies der Arbeiterklasse und dem deutschen Volk den Weg des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus und entsprach damit den Interessen der ganzen Nation. Am Anfang dieses Weges mußte die antifaschistische Aktion zum Kampf gegen jeden Schritt der Faschisierung, zur Isolierung und Zerschlagung der Nazi-Partei stehen. Das Programm enthielt die Generallinie der KPD im Kampf gegen den Faschismus und war auf die Enttarnung der volksfeindlichen Rolle der Nazi-Partei, die Verhinderung der faschistischen Diktatur, die Brechung des Macht der Konzernherrschaft, die Schaffung einer wirklich demokratischen Ordnung und die feste Zusammenarbeit mit der Sowjetunion gerichtet. Es ermöglichte die Herstellung eines besseren Verhältnisses zu den sozialdemokratischen Arbeitern und erleichterte den Kampf

um die Aktions einheit der Arbeiterklasse und die Einigung aller antifaschistischen Kräfte. Es war die Grundlage der Erfolge, die die Partei in dieser Periode im Kampf um die Verteidigung der demokratischen Rechte und Freiheiten, gegen Imperialismus, Militarismus und Faschismus erlangte. Das Programm zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes war von großer nationaler und internationaler Bedeutung. Die Programmklärung des Zentralkomitees der KPD beruhte auf der Leninischen Lehre von der nationalen Frage und trug entscheidend zu ihrer Verbreitung in der Partei und in der deutschen Arbeiterklasse bei. Mit diesem Dokument leitete das ZK einen energiegelassen Kampf gegen das in der Partei noch immer vorhandene Sekundierertum in der nationalen Frage an. Das Programm war das Ergebnis des zwölfjährigen Ringens der KPD um die Lösung der nationalen und sozialen Frage in Deutschland und zeugte von der hohen nationalen Verantwortung der kommunistischen Partei.



NOT UND HUNGER



IHRE „DEMOKRATIE“



MASSENARBEITSLOSIGKEIT



Reihe: Sozialistische Klassiker

- K. Marx:** Kritik des Gothaer Programms
F. Engels: Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie
F. Engels: Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft
F. Engels: Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates
W.I. Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus
W.I. Lenin: Staat und Revolution
W.I. Lenin: Marx / Engels / Marxismus
W.I. Lenin: Was tun?
W.I. Lenin/
K.Liebknecht: Militarismus – Antimilitarismus

Reihe: Marxismus aktuell

- H. Schäfer:** Lohn, Preis und Profit heute
W. Schellenberg: Wie lese ich das Kapital?
F. Schuster: Die September-Streiks. Auf den Arbeiter kommt es an!
Autorenkollektiv: Lenin und die Arbeiterbewegung heute
F. Krause: Arbeitereinheit rettet die Republik (Kapp-Putsch 1920)
Autorenkollektiv: Spätkapitalismus ohne Perspektive
Heiseler/
Schleifstein: Lenin über Trotzki
L. Salini: Frankreichs Arbeiter – Mai 1968
Heiseler/Schleifstein/Die „Frankfurter Schule“ im Lichte des
Steigerwald: Marxismus
W. Hollitscher: Aggression im Menschenbild
M. Conforth: Marxistische Wissenschaft – Antimarxistisches Dogma
H. Adamo: Antileninismus in der BRD
Autorenkollektiv: Leninismus und die Gegenwart
Scheringer/Sprenger: Arbeiter und Bauern gegen Bosse und Banken
Bartel u.a.: Revolutionäre Sozialdemokratie und Reichsgründung 1871
F. Krause: Antimilitaristische Opposition in der BRD (1949-55)



VERLAG
MARXISTISCHE BLÄTTER GmbH
6 Frankfurt/Main, Meisengasse 11